AZ Zürich

149/01

Montag, 1. Juli 1991
Nr. 149

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefax 258 16 77
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39
Abonnementspreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Schweiz Fr. 1.50

bFr.	60.—	Lit.	2200.—	sKr.	12.—
dKr.	12.—	lFr.	45.—	Pts.	200.—
DM	2.50	hfl.	3.25	Kan. Inseln	
fFr.	10.—	nKr.	13.—	Pts.	225.—
Dr.	260.—	öS	20.—	tE	6000.—
£	0.90	Esc.	240.—	Ft.	90.—

Slowenische Soldaten vor einem erbeuteten Panzer der jugoslawischen Armee in der Nähe der österreichischen Grenze. (Bild afp)

Neue Drohungen der jugoslawischen Armee

Ablehnung eines Ultimatums durch Slowenien

Ein Vertreter der Belgrader Armeespitze hat am Samstag abend der slowenischen Führung mit einem entscheidenden militärischen Schlag gedroht für den Fall, dass die Angehörigen der Territorialverteidigung ihre Attacken auf die Einheiten der Bundesarmee nicht unverzüglich einstellen sollten. Slowenien lehnte dieses Ultimatum ab. Am Sonntag nachmittag reiste Ministerpräsident Markovic in Begleitung zweier hoher Armeeoffiziere zu politischen Gesprächen nach Ljubljana. Der Vermittlungsversuch der EG scheint gescheitert zu sein, denn bisher ist noch kein einziger Punkt ihres Kompromissvorschlags erfüllt worden.

C. Sr. Zagreb, 30. Juni

Die explosive Lage in Slowenien hat sich am Sonntag vormittag gefährlich zugespitzt. Ein Mitglied des Generalstabs der jugoslawischen Armee, Marko Negovanovic, der als Verfechter eines *harten Kurses* gilt, richtete am Samstag abend ein Ultimatum an die slowenische Regierung. Darin hiess es, dass sich die Armeeführung gezwungen sehe, weitere militärische Massnahmen zu ergreifen und alle zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, falls die Einheiten der slowenischen Territorialverteidigung ihre Angriffe auf Truppen der jugoslawischen Volksarmee nicht unverzüglich einstellten. Ministerpräsident *Markovic* ist am Sonntag nachmittag in Begleitung des stellvertretenden Verteidigungsministers, *Stane Brovet*, nach Ljubljana gereist, um in Gesprächen doch noch eine weitere Verschärfung der militärischen Konfrontation zu verhindern. Das *slowenische Parlament*, das in der Nacht tagte, hat das auf Sonntag vormittag, 10 Uhr, befristete Ultimatum entschieden zurückgewiesen. Die Angehörigen der Territorialverteidigung wurden aufgerufen, sich allen weiteren «aggressiven Handlungen der Belgrader Okkupationsarmee», die sich nicht an den am Freitag nachmittag ausgehandelten Waffenstillstand halte, zu widersetzen. Da man am Sonntag vormittag einen massiven militärischen Schlag befürchtete, wurden in Ljubljana *weitere Barrikaden* errichtet und Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen. Alle Zufahrtsstrassen in das Zentrum der Stadt waren am Sonntag von Lastwagen und Autobussen versperrt. Bis zum Sonntag abend hat die Armee ihre Drohung jedoch nicht wahr gemacht.

Der slowenische Präsident *Kucan* hat nach den neuen Drohungen aus Belgrad noch einmal alle Soldaten und Offiziere der Bundesarmee aufgefordert, ihre Einheiten zu verlassen. Auch appellierte die slowenische Führung erneut an die *internationale Staatengemeinschaft*, die Unabhängigkeit der Republik *anzuerkennen*. Laut slowenischen Angaben sind in Serbien und teilweise auch in Bosnien-Herzegowina Reservisten der Bundesarmee mobilisiert worden.

Bisher vierzig Todesopfer

Am Samstag und vor allem auch in der Nacht zum Sonntag ist es – ungeachtet der angeordneten Feuereinstellung – zu einigen weiteren bewaffneten Zwischenfällen gekommen, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verloren. Laut slowenischen Angaben vom Samstag sind bei den bisherigen Kämpfen *zwanzig Soldaten* der Bundesarmee, *acht Angehörige der slowenischen Territorialverteidigung*, die etwa 20 000 Mann umfasst, sowie *zwölf Zivilisten* ums Leben gekommen. Insgesamt seien 247 Angehörige der Belgrader Armee *übergelaufen* – 133 Slowenen, 40 Kroaten, 5 Serben, 3 Mazedonier sowie 69 zivile Angestellte – und über 500 Personen gefangengenommen worden, unter ihnen auch 65 Offiziere. Auch am Sonntag haben sich laut slowenischen Angaben weitere Soldaten und Offiziere von ihren Einheiten *abgesetzt* und den slowenischen Streitkräften angeschlossen. Nach wie vor ist nicht klar, wer an welchen Grenzübergängen die Kontrolle ausübt. Die Angaben darüber gehen weit auseinander.

In der Nacht auf den Samstag hatte es noch so ausgesehen, als ob im Konflikt zwischen Slowenien und der jugoslawischen Armee eine Entspannung möglich wäre. Die Aussenminister Luxemburgs, Italiens und der Niederlande, *Poos, De Michelis* und *Van der Broek*, waren im Auftrag der EG mit Vorschlägen zur Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzung nach Jugoslawien gekommen. Sie konferierten in Belgrad mit Ministerpräsident Markovic und dem Präsidenten Serbiens, Milosevic, und anschliessend in Belgrad mit den Präsidenten Sloweniens und Kroatiens, Kucan und Tudjman. Dabei legten sie ein Dreipunkteprogramm vor, dem – nach übereinstimmenden Meldungen der jugoslawischen Presse – alle Gesprächspartner zustimmten. Der Kompromissvorschlag enthält eine bedingungslose und unverzügliche *Feuereinstellung* sowie den Rückzug der Einheiten der jugoslawischen Armee *in ihre Kasernen*, und zwar sowohl auf dem Territorium Sloweniens als auch Kroatiens, die *Suspendierung* der Verwirklichung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärungen sowie anderer Rechtsakte im Zusammenhang mit der Loslösung von Jugoslawien für die Dauer von *drei Monaten* sowie die – bisher von Serbien blockierte – turnusmässige Wahl des Kroaten *Mesic* zum Präsidenten des achtköpfigen Staatspräsidiums.

Ausgebliebene Verwirklichung des Dreipunkteplans der EG-Troika

Der anfängliche Optimismus verflog jedoch bereits im Laufe des Samstags sehr schnell. Bis am Sonntag abend ist kein einziger Punkt des Vermittlungsvorschlags erfüllt worden. Kaum hatten die drei Abgesandten der EG das Land verlassen, entbrannte der erwartete *Streit um die Auslegung* der von der EG vorgeschlagenen Massnahmen zur Beseitigung des Konflikts und zur Aufnahme von Verhandlungen. Bereits die Realisierung des ersten Punktes stösst auf grösste Schwierigkeiten. Die eine Seite beschuldigt die andere, sich nicht an den Waffenstillstand zu halten. Die Bundesarmee scheint *nicht bereit* zu sein, in ihre *Kasernen* zurückzukehren, und die slowenischen Verbände wollen unter diesen Umständen ihre Barrikaden nicht räumen. Laut einer Meldung der Zagreber Zeitung «Vjesnik» haben zwar am Samstag erste Verhandlungen zwischen dem slowenischen Verteidigungsminister, Jansa, und hohen Armeeoffizieren über die genauen *Modalitäten* der am Freitag nachmittag angeordneten Einstellung der Kampfhandlungen begonnen. Dabei konnte jedoch *keine Einigung* erzielt werden. Die slowenische Seite lehnte einige der von den Vertretern der Armee erhobenen Forderungen, etwa nach der Wiederherstellung der früheren Ordnung an den Grenzübergängen, entschieden ab.

Auch der zweite Punkt der Vereinbarung wurde in unterschiedlicher Weise ausgelegt. Die slowenische Führung betonte, dass die *Unabhängigkeitserklärung* als solche und die bereits vom Parlament verabschiedeten Beschlüsse *auf keinen Fall ausser Kraft* gesetzt würden, was von den Abgesandten der EG auch nicht verlangt worden sei. Slowenien sei bereit, über die Verlangsamung des Prozesses der Übernahme jener Funktionen Gespräche zu führen, die gegenwärtig noch von der Föderation wahrgenommen würden. Präsident Kucan erklärte am Samstag auch, Slowenien werde nie mehr freiwillig ein Teil Jugoslawiens sein. Eine völlig abweichende Interpretation präsentierten auch Vertreter Serbiens und Montenegros, welche die Erfüllung des dritten Punktes des Kompromissvorschlags an eine neue Bedingung knüpften. Die Präsidenten der beiden Republiken wollen ihren Widerstand gegen die Wahl des Kroaten Mesic zum Staatsoberhaupt und damit auch zum formellen Oberkommandierenden der Armee nur dann aufgeben, wenn Slowenien und Kroatien bereit sind, zuvor ihre «verfassungswidrigen Beschlüsse über die Abspaltung» *ausser Kraft* zu setzen. Die für Samstag abend angesetzte Sitzung des Staatspräsidiums wurde abgesagt.

Gefährliche Spannungen in Kroatien

Äusserst kritisch ist auch die Lage in den von Serben bewohnten Gebieten im Osten Slawoniens, das ein Teil Kroatiens ist. Die Zagreber Zeitung «Vjesnik» meldete am Sonntag, dass in der Nacht *bewaffnete Serben* versucht hätten, in die Stadt *Osijek* einzudringen. Sie seien jedoch von der kroatischen Polizei zurückgeschlagen worden. Osijek sei gegenwärtig von – aus Serbien und der benachbarten Vojvodina eingesickerten – bewaffneten Verbänden serbischer Extremisten umstellt, die von den in den letzten Tagen in dieser Gegend zusammengezogenen Einheiten der *Bundesarmee unterstützt* würden. Bei bewaffneten Zwischenfällen sind in der Nacht auf den Sonntag laut Angaben von Radio Zagreb in den von Serben bewohnten Gebieten Ostslawoniens wieder mehrere Personen ums Leben gekommen. Auch in der Umgebung der beiden zum «autonomen serbischen Gebiet Krajina» gehörenden Städtchen *Glina*, in dem sich seit Tagen Einheiten des kroatischen Innenministeriums, Truppen der Bundesarmee und Polizeiverbände der «Krajina» gegenüberstehen, und in *Dvor na Uni* kam es in der Nacht auf den Sonntag zu Schiessereien.

Tagesinformation

Gemischte Erfolgsbilanz schweizerischer Banken in Tokio

Die «Ableger» schweizerischer Banken in Tokio haben im Fiskaljahr 1990/91 unterschiedliche Resultate erzielt: Während die Filialen dank besseren Zinsmargen deutlich positivere Ergebnisse erreichten, mussten Wertschriftenhäuser und Trustbanken durchs Band Verluste hinnehmen. Seite 9

700-Jahr-Feiern in Thurgau und Luzern

Mit einem öffentlichen Festakt, einem Volksfest und der Premiere des Festspiels haben die Thurgauer Festivitäten zum Jubiläumsjahr am Wochenende in Weinfelden ihren Höhepunkt erreicht. Der Gedenktag der Sempacher Schlacht war dieses Jahr zugleich Luzerner Jubiläums-Kantonaltag. Seite 13

Defekte Weiche als Ursache für Tramunglück

Eine defekte Weiche war die Ursache für ein Tramunglück am Samstag in Zürich; dabei wurden drei Personen leicht verletzt, der Sachschaden beträgt mehrere hunderttausend Franken. Seite 25

Der Schwingernachwuchs im Aufwind

Karl Meli heisst der Sieger des Nordostschweizerischen Schwingerfestes. Doch nicht der Schwingerkönig und Rekordsieger behielt die Oberhand im Sägemehlring, sondern dessen gleichnamiger Sohn. Seite 41

Inhaltsübersicht Umfang 48 Seiten

Ausland	1–4	Roman	20
Wetter und Vermischtes	5, 7	Radio und TV	23/24
Wirtschaft	9, 11	Stadt und Kanton Zürich	25–27
Inland	13–15	Sport	37–42
Feuilleton	17, 19		

Anzeigen-Überblick Seite 2

Neuer US-Botschafter für Deutschland

Nominierung Robert Kimmitts

R. M. Washington, 30. Juni

Der bisherige Unterstaatssekretär im amerikanischen Aussenministerium, *Robert Kimmitt*, ist von der Regierung Bush zum neuen Botschafter in Deutschland nominiert worden. Er löst, falls seine Nominierung vom Senat bestätigt wird, den jetzigen amerikanischen Missionschef in Bonn, *Vernon Walters*, ab. Walters hatte in der vergangenen Woche seinen Rücktritt vom aktiven diplomatischen Dienst aus Altersgründen bekanntgegeben. Der erst 43jährige Kimmitt gehört in Washington zum engsten Mitarbeiterkreis von Aussenminister *Baker*. Zusammen mit Baker hatte er beim Amtsantritt von Präsident Bush vom Finanzministerium ins State Department gewechselt. In der Hierarchie des State Department bekleidete er hinter Baker und dem stellvertretenden Unterstaatssekretär *Eagleburger* den dritthöchsten Rang. Zu Kimmitts engerem Aufgabenbereich gehörten neben leitenden Planungsfunktionen unter anderem die Bemühungen um die Beilegung des afghanischen Bürgerkrieges. In Peking versuchte er kürzlich, die chinesische Regierung vom Verkauf von Nukleartechnologie abzuhalten, die nach amerikanischer Ansicht zur Waffenherstellung verwendet werden könnte. Die Ernennung des hochrangigen politischen Beamten und Baker-Vertrauten zum amerikanischen Vertreter in Deutschland bestätigt das Gewicht, das man in Washington diesem Posten traditionellerweise beimisst. Dieses Gewicht ist durch den nun in absehbarer Zeit fälligen Umzug der diplomatischen Missionen vom Rhein nach Berlin natürlich nicht geringer geworden.

Abschluss des Europäischen Rates

Jugoslawien als Hauptthema des EG-Gipfels

Durch die Balkankrise relativierter Dissens über die Union

Die Krise in Jugoslawien hat auch am Samstag den eigentlichen Zweck des EG-Gipfeltreffens in Luxemburg völlig in den Hintergrund gedrängt. Die Troika berichtete nach ihrer Rückkehr aus Belgrad und Zagreb den Staatschefs der EG über ihre Mission. Bei der Zwischenbilanz der Arbeiten über die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ergaben sich beträchtliche Meinungsverschiedenheiten.

rt. Luxemburg, 30. Juni

Auch am zweiten Tag ist das EG-Gipfeltreffen hauptsächlich unter dem Eindruck der gespannten Situation in Jugoslawien gestanden. Die von den Staatschefs eilig entsandten drei Aussenminister waren am Freitag gegen 17 Uhr aus Luxemburg Richtung Belgrad abgeflogen. Die Tatsache, dass sie mit einer italienischen Militärmaschine flogen, bestätigte den Eindruck, dass Italien einen bereits vorbereiteten Entschluss in die Tat umsetzte. Nach siebenstündigen Unterredungen in Belgrad und Zagreb kehrte die Troika der drei Aussenminister Luxemburgs, der Niederlande und Italiens in den frühen Morgenstunden des Samstags nach Luxemburg zurück. Sie unterrichtete anschliessend die Staats- und Regierungschefs über ihre Vermittlungsmission, die sie mit dem jugoslawischen Aussenminister *Loncar*, mit Ministerpräsident *Markovic* und mit dem serbischen Präsidenten *Milosevic* zusammengeführt hatte. Bei einem Zwischenhalt in Zagreb hatten die Aussenminister auch Unterredungen mit dem kroatischen Präsidenten *Tudjman*, seinem slowenischen Amtskollegen *Kucan* sowie dem als Staatspräsidenten vorgesehenen Kroaten *Mesic* geführt.

Drei Forderungen

Das Ziel der Visite war, bei allen Gesprächspartnern Zusagen zu erhalten, die den Weg für einen Dialog ebnen sollten: Erstens sollten Gewaltanwendungen sofort eingestellt werden und die Truppen in ihre Kasernen zurückkehren. Zweitens wurde vom serbischen Präsidenten Milosevic das Zugeständnis verlangt, seinen